

---

Sascha Regier

## **Zwischen Herrschaftssicherung und Emanzipation**

### **Die Ambivalenz staatlicher Politischer Bildung**

*„An der geistigen Verfassung seines Volkes ist dem demokratischen Staat sehr viel gelegen. Er macht die Volksbildung zu seinem Programm und lässt keinen Zweifel daran, dass nicht die Bildung der Individualität seiner Bürger, sondern deren geistige Zurichtung für die praktische Unterwerfung unter staatlich geschützte gesellschaftliche Belange sein Anliegen ist.“*

*(Huisken 2016: 184)*

Dass die westlichen Industriegesellschaften der Gegenwart durch vielfältige Krisen bedroht sind, ist sowohl in den Sozialwissenschaften als auch in Politik, Medien und Gesellschaft common sense. Der Begriff der „multiplen Krise“ steht hierfür Pate. Er beinhaltet, dass Klimawandel, Pandemie, soziale Ungleichheit, Krieg, Rechtsextremismus und die Bedrohung der Demokratie nicht durch Kontingenz, sondern durch Strukturzusammenhänge der spätmodernen Gesellschaften bedingt sind. Diesbezüglich ist vor allem das genuine Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Kapitalismus als Hauptproblem der Gegenwart zu begreifen. Es bedingt mannigfaltige gesellschaftliche und politische Ausschließungsprozesse sowie damit einhergehende soziale und ökologische Verwerfungen.

Sich Krisen und ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen anzunehmen ist seit je her Aufgabe der Politischen Bildung. Um ihren Zustand sieht es im deutschsprachigen Raum eher bescheiden aus. Dies betrifft sowohl ihre Institutionalisierung in der Schule (Stun-

denkontingent, Fachverankerung)<sup>1</sup> als auch ihre inhaltliche Ausrichtung und didaktischen Prinzipien. Generell wird Politische Bildung in den Schulen immer weiter abgebaut und durch den Einfluss von Unternehmerverbänden die Stärkung der ökonomischen Bildung – zumal in neoklassischer und nicht sozioökonomischer Ausrichtung – forciert.<sup>2</sup> Damit wird ihr gesellschaftskritischer soziologischer Anteil verdrängt (Hedtke/Gökbudak 2019). Gibt es einen rechtsextremen Anschlag wird regelmäßig mehr Politische Bildung in Schulen von staatlicher Seite gefordert. Allerdings zielt dieses Verständnis Politischer Bildung lediglich auf die Bewahrung der *herrschenden* politischen Ordnung ab. Fragen bezüglich der generellen politischen Gestaltung und Demokratisierung der Gesellschaft stehen hierbei kaum zur Disposition.

## Vom Verlust des Kritischen

Auch allgemein ist das Bildungsverständnis für die Schule einer kritischen Reflexion zu unterziehen. Zwar heißt es regelmäßig im politischen und medialen Diskurs, Wissen und Bildung sind die wichtigsten Ressourcen des rohstoffarmen Europas, und wer in die Bildung investiert, investiert in die Zukunft. Doch zeigt sich bereits hier das Grundproblem der Bildung im deutschsprachigen Raum: Sie wird verstärkt seit dem PISA-Schock Anfang der 2000er Jahre im Hinblick auf ihre ökonomische Verwertbarkeit und damit als *Ausbildung* begriffen. Die Schüler:innen sollen als Humankapital staatlich formiert werden, um die Volkswirtschaften konkurrenzfähig für die

- 
- 1 In Österreich ist Politische Bildung als Unterrichtsprinzip fächerübergreifend verankert. 2016 wurde das Unterrichtsfach *Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung* in der Oberstufe der Allgemeinbildenden Höheren Schulen etabliert und seit 2023 in *Geschichte und Politische Bildung* umbenannt. In Deutschland firmiert das Fach unter unterschiedlichen Bezeichnungen und Ausrichtungen wie *Sozialwissenschaften*, *Gemeinschaftskunde* oder *Wirtschaft/Politik*. Dies variiert nach Bundesland und Schulform. Die Vielfalt der Fachbezeichnungen hat ihren Ursprung in einer Empfehlung der Kultusministerkonferenz zur bundesweiten Einführung des Faches aus dem Jahr 1950, die den Ländern dessen Benennung freistellte (Sander 2010: 114).
  - 2 Vgl. András Szigetvari *Mehr Markt, weniger Goethe. Wieviel Wirtschaft braucht die Schule?*, in: Der Standard, 21.01.2020.

---

Erfordernisse der nationalen Wettbewerbsstaaten im globalisierten Spätkapitalismus zu machen (Huisken 2016). Dies zeigt besonders prägnant die durch Wirtschaftsvereinigungen wie die OECD und neoliberale Akteure und Stiftungen – und eben nicht durch didaktische und pädagogische Forschungsinstitute – forcierte Umdefinition von *Bildung* auf *Kompetenzen*. Die Kompetenzorientierung im Bildungssektor führt jedoch zu einer Abkehr inhaltlichen Lernens. Auch die Politische Bildung ist von dieser thematischen Entkernung betroffen. Von führenden Politikdidaktiker:innen in Deutschland – die auch den didaktischen Diskurs in Österreich prägen – wird diese Umstellung als Beleg für die „Professionalisierung“ der Politischen Bildung gewertet. Diese habe die politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Politischen Bildung der 1970er und 1980er Jahre stillgelegt (Sander 2010). Problematisch an einer solchen Ausrichtung der Politischen Bildung ist jedoch, dass die Krisendynamiken in ihren strukturellen Zusammenhängen nicht thematisiert, begriffen und praktisch angegangen werden können, denn eine Welt in Krisen und die damit einhergehenden gesellschaftlichen Dynamiken lassen sich nicht durch kompetenzorientierte „Bildungsstandards“ erfassen. Die Entwicklungen der Politischen Bildung laufen auf den Verlust eines Begriffs von Gesellschaft und des Politischen hinaus. Dadurch verliert auch die normative Dimension Politischer Bildung – und damit die Gestaltung der Demokratie – an Bedeutung.

Gerade Krisen müssten zum inhaltlichen Ausgang der politischen Bildungsarbeit in der Schule genommen werden. Neben dem Grundlagenwissen über Sinn und Funktionen der politischen Institutionen kann hierdurch den Lernenden ein Verständnis gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge ermöglicht werden, durch das gesellschaftliche Problemlagen, politische Ausschließungsprozesse, soziale Interessenkonflikte, Gefährdungen der Demokratie und damit Macht- und Herrschaftsverhältnisse eingeordnet, beurteilt und praktisch bearbeitet werden können. Krisen verweisen immer auf das Transformationspotential von Gesellschaft. Bildung in demokratischen Gesellschaften darf nicht in einer defensiven Position verharren, sondern hat sich den sozialen, politischen und ökologischen Verwerfungen offensiv zu stellen. Dafür sollte sich an ihre kritische Funktion innerhalb der bürgerlichen Aufklärungsphilosophie erinnert werden: „[D]as aufsteigende Bürgertum macht Bil-

„dung zu einem organisierten Instrument der Befreiung.“ (Heydorn 1980: 95). Die Idee der Bildung kann hier nicht auf das neuhumanistische Verständnis der Persönlichkeitsbildung Humboldts (Blankertz 1982: 101) verkürzt werden. Bildung hat vielmehr auf die Gesellschaft und ihre Strukturen abzielen, was die genuine Ausrichtung der Politischen Bildung auszeichnet. Folglich muss die Politische Bildung auf ihre Ziele und Inhalte hin überdacht und an die gesellschaftlichen Krisen angepasst werden.

### **Bildung war/ist immer politisch umkämpft!**

Dies bedeutet Anstrengung. Doch Bildung ist und war immer politisch umkämpft. Was Bildung auszeichnet und worauf diese abzielen hat ist nicht übereinstimmend festgelegt. Neben dem Spezifikum, dass der Begriff der Bildung nur im Deutschen vorkommt und ihm keine Übersetzung in andere Sprachen gerecht wird, entzieht sich dieser einer festen Definition, durch die festgelegt werden könnte, was Bildung ein für allemal inhaltlich auszeichnet. Seine Bedeutung und seine Funktion hat sich im historischen Verlauf stets gewandelt (Heydorn 1970). Dabei unterlag die Bedeutung und Funktion der Bildung immer den gesellschaftlichen, ökonomischen und institutionellen Bedingungen sowie politischen Auseinandersetzungen. Bis in die Gegenwart Bildung zeichnet Bildung aus, dass sie sowohl *konservative* als auch *kritische* Funktion hat. Diese Ambivalenz muss immer mitgedacht werden. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts entstand die immanent politische und gesellschaftskritische Dimension des modernen Bildungsbegriffs (Heydorn 1980: 95). Im Zuge der Aufklärung und des damit einhergehenden Aufstiegs des Bürgertums wurde er als Waffe gegen die Adelherrschaft genutzt. Nachdem sich das Bürgertum als herrschende Klasse durchgesetzt und politisch etabliert hatte, wurde Bildung durch die ökonomischen Interessen des Bürgertums sowie die Bedürfnisse des (preußischen) Staates funktionalisiert. Hiergegen wendeten sich vor allem die Neuhumanisten um Humboldt. Diese forderten, dass Bildung weiterhin in kritischer Distanz zur Gesellschaft und zum Staat ausgerichtet sein sollte und hielten an der Idee von Bildung als Persönlichkeitsbildung im Sinne der Autonomie fest (Blankertz 1982:

---

101ff.). Durch die Hegemonie des Bürgertums richtete sich das Bildungsverständnis gegen eine weiterreichende Befreiungsperspektive und damit gegen die Emanzipationsinteressen der Industriearbeiterschaft und der Frauen. Bildung blieb auf die Erfordernisse der bürgerlichen Klasse zugeschnitten, wodurch diese ihre Interessen und Ordnungsvorstellungen gegen Demokratisierungsbestrebungen bewahren konnte. Andreas Gruschka verdeutlicht: „Das Interesse der Herrschenden verlangt, dass Bildung in ihren Inhalten als genauso vollendet erscheint, wie es die Gesellschaft zu sein beansprucht.“ (2004: 219) Auch die Schule diente als Institution der Durchsetzung von Hegemonie, da diese „fast ausschließlich ein Privileg der herrschenden bürgerlichen Klasse“ (ebd.: 219) war. In Deutschland war die als politisch zu verstehende Bildung „Staatsbürgerkunde“, die auf eine „Erziehung zum Staat“ ausgerichtet war (Gagel 1995: 49). Diese zog sich vom Kaiserreich bis in die Weimarer Republik (ebd.: 49ff.). Die Subjekte sollten sich den staatlichen Anforderungen und Klasseninteressen unterordnen und die gesellschaftliche Ordnung akzeptieren.

## **Herrschaftskritische Bildung**

Dennoch wurde Bildung immer auch in ihrer herrschaftskritischen Funktion genutzt, was sich in der außerschulischen Bildung im historischen Verlauf u.a. in der Arbeiter:innenbildung der Gewerkschaften (Negt 1975) oder in der Gegenwart in der antirassistischen Bildungsarbeit zeigt. Auch die staatlich organisierte Bildung ist aber dialektisch betrachtet einerseits „Instrument von Stabilisierung“, andererseits „mächtiges Instrument der Veränderung“ (Heydorn 1970: 172). Das Bildungsverständnis resultiert immer aus den gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Anforderungen sowie den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, auch innerhalb der Staatsapparate.

Auf die Gegenwart bezogen richtet sich ein kritisches Bildungsverständnis vor allem gegen die ökonomische Vereinnahmung der Bildung und ihre instrumentelle Umfunktionalisierung als Ausbildung, gegen ein Verständnis von Bildung als bloßes Erlernen eines Kanons von als legitim geltenden hochkulturellen Bildungsinhalten

– was Adorno als „Halbbildung“ (1997: 93) bezeichnet hat – sowie gegen das ausschließlich humanistische Bildungsverständnis der Persönlichkeitsbildung, da es individualistisch ausgerichtet ist und nicht auf die aktive Gestaltung der Gesellschaft abzielt.

## **Was ist Politische Bildung?**

Dies führt zur Politischen Bildung: Bildung, die auf die Gesellschaft zielt, ist Politische Bildung. Politische Bildung im demokratischen Verständnis sollte zu einer kritisch-rationalen Bewältigung des Verhältnisses von Subjekt und Gesellschaft befähigen. Ihr geht es um die Erfassung gesellschaftlicher Zusammenhänge und Herrschaftsverhältnisse. Durch Politische Bildung wird gesellschaftliche Macht durchgesetzt und verstetigt, allerdings immer auch angefochten und zurückgedrängt. Damit zielt sie nicht bloß funktional auf die Reproduktion der gegenwärtigen gesellschaftlichen Ordnung ab, sondern hat die – wie auch immer geartete – vernünftige Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens, also Prozesse der Demokratisierung im Sinne der Erweiterung gesellschaftlicher und selbstbestimmter Partizipationsmöglichkeiten und Lebensweisen, zum Ziel. Dem Selbstverständnis demokratischer Gesellschaften nach richtet sich Politische Bildung auf die weiterhin nicht für alle Menschen eingelösten Leitziele bürgerlicher Aufklärung (Freiheit, Selbstbestimmung, Selbstregierung). Es geht um die gesellschaftlichen Bedingungen der Mündigkeit und die Emanzipation der Subjekte aus gesellschaftlichen Zwängen und Fremdbestimmung.

Jedoch zeigt gerade das Bildungsziel der Emanzipation, dass die Reichweite von Demokratisierung innerhalb des politikdidaktischen Diskurses umstritten ist. Dabei fußen die konkurrierenden Sichtweisen auf den jeweiligen politischen Einstellungen der Politikdidaktiker:innen sowie den staatlichen Erfordernissen. Politikdidaktik ist daher nicht lediglich durch lerntheoretische Erkenntnisse, sondern durch gesellschaftliche Interessen sowie die politischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse bestimmt. Politische Bildung ist nicht lediglich Bildung *über* das Politische, sondern selbst *politisch*. Sie existiert niemals losgelöst von den jeweiligen historischen Konstellationen und politischen Auseinandersetzungen. Damit ist

---

sie auch nur in Verbindung zur kapitalistischen Wirtschaft und zum modernen Staat und seinen Anforderungen begreifbar.

## Die Rolle des Staates

Der Staat im Kapitalismus ist die zentrale politische Instanz, die die bestehenden herrschaftsförmigen Verhältnisse generiert, strukturiert und absichert. Er reproduziert soziale Ungleichheit im intersektionalen Verständnis entlang der gesellschaftlichen Hauptachsen *class, race, gender* u.a. durch die Regulierung der Arbeit, Rechtsetzung und Rechtsprechung, vergeschlechtlichte Arbeitsteilung, Vergabe von Staatsbürger:innenrechten. Damit werden kapitalistische Klassenverhältnisse, patriarchalisch geprägte Geschlechterasymmetrien sowie rassistische und ethnisch-konzipierte gesellschaftliche Verhältnisse strukturiert. Jedoch ist der Staat auch die Instanz, durch die emanzipatorische Projekte politisch und rechtlich durchgesetzt werden (können). Daher resultieren aus den verschiedenen sozialen Konflikten innerhalb der Gesellschaft umkämpfte Politiken im Staat.

Die Herrschaftsfunktion des Staates manifestiert sich auch – und vor allem – in der Schule. Der demokratische Staat selektiert die Bevölkerung über das Bildungssystem (El-Mafaalani 2021: 75ff.) und hält hierdurch die Klassengesellschaft aufrecht.<sup>3</sup> Folglich sind Gesellschaft, Wirtschaft und Bildungssystem strukturell miteinander verbunden. Die Schule ist aus staatlicher Sicht nicht lediglich die Institution, durch die die Lernenden politisch sozialisiert werden und Wissen und Fähigkeiten erlangen, sondern nimmt eine zentrale Herrschaftsfunktion ein. Dazu gehört erstens das Erlernen von Grundkenntnissen für den Arbeitsmarkt (Qualifikationsfunktion), zweitens die Selektion der Schüler:innen zur Sicherung der kapitalistischen Arbeitsteilung (Auslesefunktion) und drittens die Affirmation der gesellschaftlichen und politischen Ordnung (Legitimationsfunktion) (Fend 2008: 49f.). Dem Staat und seinen Interessen kommt daher ein grundlegender Einfluss auf die Inhalte und Ziele

---

3 Besonders deutlich zeigt sich dies in Deutschland und Österreich, den einzigen Ländern weltweit mit einem mehrgliedrigem Schulsystem, bei dem Kinder nach der 4. Klasse auf getrennt weiterführende Schulen gehen.

Politischer Bildung zu. Die Politische Bildung ist staatlich durchgesetzt, wird in der Schule vermittelt und ist durch die staatlichen Lehrpläne geprägt. Lehrplankommissionen in staatlich gesteuerten Landesinstituten entwickeln die Vorgaben für den Unterricht. Die potentiellen Inhalte durchlaufen dabei einen „Prozess der politischen Filterung“ (Gruschka 2004: 53). Herrschaft im modernen Staat wird primär durch Konsens über die ideologischen Staatsapparate ausgeübt. Hierzu zählt neben den Medien und dem Kulturbetrieb vor allem das Schulsystem. Dennoch lässt sich konstatieren, dass die staatliche Politische Bildung nicht ausschließlich auf die Legitimierung auf Aufrechterhaltung der herrschenden Ordnung ausgerichtet, sondern vielmehr ambivalent und umkämpft ist. Mündigkeit durch Politische Bildung ist möglich. Die Ausrichtung Politischer Bildung oszilliert daher zwischen den beiden Polen Affirmation und Kritik der politischen Ordnung bzw. Herrschaftssicherung und Emanzipation. Trotz der vorhandenen Möglichkeiten, durch die Schule kritische Reflexionsfähigkeiten zu erwerben, hat der Staat strukturell betrachtet eine konservative Ausrichtung. Daher bestimmt er auch die Grenzen emanzipatorischer Politischer Bildung. Politische Bildung ist aus staatlicher Sicht auf die „Erhaltung und Rechtfertigung der Gesellschaft in ihrer konkreten Ausformung“ (Schmiederer 1972: 12) ausgerichtet. Der Staat kann nicht seine eigene Abschaffung als Emanzipationsperspektive zulassen. Auch die ökonomische Ordnung samt Eigentums- und Produktionsverhältnissen soll nicht zur grundlegenden Disposition gestellt werden. Er ist auf Steuereinnahmen und damit Kapitalakkumulation sowie Wirtschaftswachstum angewiesen, was bereits eine strukturell bedingte Bevorzugung der Kapitaleseite gegenüber den Arbeitnehmer:inneninteressen beinhaltet. Dem Staat geht es im affirmativen Sinne um „Herrschaftserhaltung und Herrschaftsstabilisierung“ (ebd.: 9). Für Heydorn wird „die Bildungsinstitution zur organisierten Mündigkeitsverhinderung.“ (1980: 102) Dies gilt es für eine kritische Politische Bildung zu reflektieren und zu problematisieren. Kritische Politische Bildung ist daher immer Staatskritik. Staatskritik bedeutet jedoch in diesem Kontext nicht anarchistische Staatskritik, die den Staat als Herrschaftsorgan per se ablehnt. Eine kritische Ausrichtung Politischer Bildung (Regier 2023) zielt darauf zu überprüfen, welche gesellschaftlichen Subjekte von

---

den demokratischen Partizipationsprozessen *strukturell* ausgeschlossen werden. Damit wird problematisiert, wie auch der Staat u.a. ethnische, klassenspezifische und geschlechtliche Ungleichheit produziert und überlegt, wie diese aufzuheben sind. Es geht diesem Verständnis Politischer Bildung nicht um individuelle Verhaltensweisen der Lernsubjekte – wie es in der Demokratiepädagogik als Erziehung zur bestehenden Demokratie in ihrer repräsentativ-parlamentarischen Form erfolgt – sondern um die Thematisierung von Macht, Herrschafts- und Ungleichheitsstrukturen, die Mündigkeit und Emanzipation – und damit weitere Demokratisierungsprozesse – verhindern. Die Lernenden sollen dazu befähigt werden, sich die politischen Verhältnisse selbst anzueignen. Es geht um die Durchbrechung einer Ordnung der Herrschaft durch die Ausweitung eines Anteils der Anteillosen. Dafür muss der Staat in die politische Reflexion mit einbezogen werden. Gerade er schafft soziale Ungleichheit, kann diese aber auch tendenziell auflösen. Die Emanzipationsräume innerhalb durch Herrschaft bestimmte Gesellschaften müssen erschlossen werden.

## **Die angebliche Politik-Distanz der Jugend**

Im politikdidaktischen Diskurs im deutschsprachigen Raum (u.a. Detjen 2007; Weißeno u.a. 2010) zeigt sich allerdings ein deutlicher Überhang einer affirmativen Ausrichtung Politischer Bildung (kritisch dazu Regier 2023: 60ff.). Herrschte in den 1970er Jahren in der Politischen Bildung noch ein überwiegend positives Jugendverständnis vor, ist dieses in der gegenwärtigen hegemonialen Politischen Bildung defizitär ausgerichtet. Die seit den 1990er Jahren den politikdidaktischen Diskurs dominierenden Positionen begründen ein angebliches politisches Desinteresse der Jugendlichen mit der fehlenden Kenntnis über die Funktionsweise der politischen Ordnung. Politikdistanz und angeblich mangelndes politisches Engagement wird fälschlicherweise als Folge von „Fehlvorstellungen der Schüler/-innen“ (Weißeno u.a. 2010: 18) bezüglich der Funktionsweise der politischen Institutionen gesehen. Um dem behaupteten Politikverdruss auf Seiten der Jugendlichen entgegenzuwirken müsste diesem Verständnis zufolge Politische Bildung auf die

*bestehende* bürgerlich-liberale Demokratie abzielen, zu der die Jugendlichen hin erzogen werden (ebd.). Die Aufgabe der Politischen Bildung wird primär darin gesehen, „ein bestimmtes inhaltliches Grundwissen [über die politischen Institutionen] zu vermitteln.“ (Massing 2018: 112) Zudem adressiert die hegemoniale Politikdidaktik durch die Institutionenorientierung die Subjekte der Bildung lediglich als „Wahlbürger“ (Detjen 2007), wodurch sie auf Grund der Beschränkung des Wahlalters beinahe die gesamte Zielgruppe schulischer Politischer Bildung aus der politischen Beteiligung ausschließt. Doch gegenwärtig zeigt sich ein zunehmendes politisches Engagement von Jugendlichen, das sich nach aktuellen Krisenerscheinungen ausrichtet und in Schulstreiks, Klimaproteste und Demonstrationen (Black Lives matter, Uploadfilter) manifestiert. Staatliche Institutionen und das Parteienwesen werden gerade nicht als das Mittel der politischen Beteiligung gesehen. Bei Jugendlichen wächst vielmehr die Distanz gegenüber diesen und der bestehenden politischen Ordnung, nicht aber gegenüber der Politik an sich.<sup>4</sup> Sie engagieren sich politisch zunehmend außerhalb der etablierten Institutionen der repräsentativen Parteiendemokratie. Jugendliche trauen dem Staat nicht mehr, gemeinwohlorientierte ökologische Politik durchzuführen, sondern unterstellen ihm, partikulare Politik u.a. für die fossilen Industrieunternehmen oder die Automobilindustrie zu betreiben.

## **Der affirmative Charakter von Politischer Bildung**

Die dominierenden Ansätze der Politischen Bildung basieren entgegen diesen Begebenheiten weiterhin auf einem unkritischen idealistischen Staatsverständnis. Der moderne Staat wird im ordnungspolitischen Sinne als neutrale Institution des gesellschaftlichen Gemeinwohls und Regulator gesellschaftlicher Probleme und Konflikte begriffen und als solcher den Lernenden vermittelt: Staatliche Politik sei ein „ständiger Prozess der Verarbeitung und Lösung öf-

---

4 Vgl. die Ergebnisse der Vodafone-Stiftung-Studie *Jugend will bewegen* von 2019: [https://www.vodafone-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/06/Vodafone-Stiftung-Deutschland\\_Studie\\_Jugend-will-bewegen.pdf](https://www.vodafone-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/06/Vodafone-Stiftung-Deutschland_Studie_Jugend-will-bewegen.pdf) [abgerufen am 12.09.2023].

fentlicher Probleme“ (Detjen 2007: 298). Unreflektiert bleibt dabei, *ob* der Staat überhaupt alle Probleme und gesellschaftliche Konflikte lösen kann und will und ob er diese nicht sogar erst hervorbringt und Machtverhältnisse strukturell absichert. Zudem wird der Staat als einheitliches Subjekt und nicht als umkämpfte Institution sozialer Akteure begriffen, in der bestimmte gesellschaftliche Auseinandersetzungen ihren politischen Ort finden. Diesen Ansätzen der Politischen Bildung liegt die naive und problematische Vorstellung zugrunde, dass die bestehenden politischen Institutionen Konflikte und Probleme ordnungspolitisch bannen könnten. Damit wird politische Herrschaft gerade nicht problematisiert, sondern affirmiert. Ein solches affirmatives Staatsverständnis verhindert das Finden von emanzipatorischen Antworten auf (die Il-Legitimität der) Ungleichheitsverhältnisse race, class und gender.

Zudem erfolgt hierdurch eine Engführung des Politischen, die auch das Demokratieverständnis der Politischen Bildung betrifft. Durch die inhaltliche Fokussierung auf den Staat und die parlamentarische Demokratie ist bereits ein bestimmtes Demokratieverständnis, nämlich das der repräsentativen Parteiendemokratie eines liberalen Rechtsstaats, gesetzt (Detjen 2007: 273), über das demokratietheoretisch nicht hinausgegangen wird. Demokratie als Prinzip der gesamten Gesellschaft wird durch die Staatszentrierung nicht debattiert. Hierdurch werden konkret Fragen bzgl. der Demokratisierung der Wirtschaft ausgespart, was den konservativen Charakter dieser Ansätze verdeutlicht: Es geht um die Bewahrung der gesellschaftlichen Herrschafts- und Eigentumsordnung. Den Lernenden sollen primär die Verfassungswerte und Inhalte der *bestehenden* politischen Ordnung im Sinne einer machtunkritischen Institutionenkunde vermittelt werden, damit sie zu ihrer Aufrechterhaltung beitragen. Es geht darum, die „Lernenden zu *funktionierenden Mitgliedern* des Gemeinwesens“ (Detjen 2007: 5; Hervorh. i. Orig.) zu qualifizieren. Politische Bildung zielt somit auf funktional angepasste Staats- und Wirtschaftsbürger:innen. Im affirmativen Sinne soll Politische Bildung dazu führen, die „Legitimität [des politischen Systems] zu erhöhen und einen Beitrag zu seiner Stabilisierung zu leisten.“ (Weißeno u.a. 2010: 37) Joachim Detjen verdeutlicht das übergeordnete Ziel dieses Ansatzes: Es geht um die „Sta-

bilisierung der jeweiligen Herrschaftsordnung“ (2007: 5), nicht um ihre Gestaltung im demokratischen und emanzipatorischen Sinne.

Sowohl inhaltlich als auch strukturell bedingt hat Politische Bildung folglich konservative Ziele und bleibt regelmäßig hinter dem zurück, was sie zu können vermag, nämlich ideologiekritisches Denken und politisches Urteilsvermögen auszubilden, was einem auf Emanzipation und Demokratisierung ausgerichteten Bildungsverständnis nahe käme. Politische Bildung, eigentümlich eingespannt zwischen ihren ambivalenten Funktionen der Herrschaftssicherung und Emanzipation, ließe sich in ihrer Ausrichtung zur letzteren verschieben. Damit wäre angemessen auf die Gegenwartskrisen durch Bildung zu reagieren.

## Literatur

- Adorno, Theodor W. (1997): Theorie der Halbbildung, in: ders: Soziologische Schriften I, Frankfurt a.M.
- Blankertz, Herwig (1982): Geschichte der Pädagogik. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart, Weinheim.
- Detjen, Joachim (2007): Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland, München.
- El-Mafaalani, Aladin (2021): Mythos Bildung. Die ungerechte Gesellschaft, ihr Bildungssystem und seine Zukunft, Köln.
- Fend, Helmut (2008): Neue Theorie der Schule. Einführung in das Verstehen von Bildungssystemen, Wiesbaden.
- Gagel, Walter (1995): Geschichte der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1989, Opladen.
- Gruschka, Andreas (2004): Negative Pädagogik. Einführung in die Pädagogik mit Kritischer Theorie, Wetzlar.
- Hedtke, Reinhold/Gökbudak, Mahir (2019): Wirtschaft als Schulfach?, in: *nds. Die Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft*, 02/2019., S. 14–15.
- Heydorn, Heinz J. (1970): Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft, Frankfurt a.M.
- Heydorn, Heinz J. (1980): Zu einer Neufassung des Bildungsbegriffs, in: ders.: Ungleichheit für alle. Zur Neufassung des Bildungsbegriffs. Bildungstheoretische Schriften Band 3, Frankfurt a.M.
- Huisken, Freerk (2016): Erziehung im Kapitalismus. Von den Grundlügen der Pädagogik und dem unbestreitbaren Nutzen der bürgerlichen Lehranstalten, Hamburg.
- Regier, Sascha (2023): Den Staat aus der Gesellschaft denken. Ein kritischer Ansatz der Politischen Bildung, Bielefeld.

- Weißeno, Georg/Detjen, Joachim/Juchler, Ingo/Massing, Peter/Richter, Dagmar (2010): Konzepte der Politik – ein Kompetenzmodell, Schwalbach.
- Sander, Wolfgang (2010): Politik in der Schule. Kleine Geschichte der politischen Bildung in Deutschland, Marburg.
- Massing, Peter (2018): „Die Bedeutung eines reflektierten Politikbegriffs für den Politikunterricht lässt sich kaum überschätzen.“ in: Pohl, Kerstin (Hg.): Positionen der Politischen Bildung 2, Schwalbach.
- Negt, Oskar (1975): Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie und Praxis der Arbeiterbildung, Frankfurt a.M.
- Schmiederer, Rolf (1972): Zur Kritik der Politischen Bildung. Ein Beitrag zur Soziologie und Didaktik des Politischen Unterrichts, Frankfurt a.M.